



Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,



Ines Hübner, Bürgermeisterin von Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg

Foto: Christian Maaß/SGK Brandenburg

Inhalt

Starke kommunale Stimmen im neuen SPD-Landesvorstand

Die Karte ist auf dem Tisch

am 1. November wurde die Volksinitiative „Bürgernähe erhalten. Kreisreform stoppen“ gestartet, mit der die CDU im Schulterschluss mit FDP und BVB/Freien Wählern die geplante Verwaltungsstrukturreform aufhalten will. Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Senftleben verspricht anlässlich der Gründung des Vereins, der die Volksinitiative trägt, einen „Heißen Herbst“. Bemerkenswert ist, dass die CDU damit einmal mehr beweist, wie wenig Lust die Union verspürt, als konstruktive Oppositionspartei an der Zukunftsgestaltung des Landes mitzuwirken.

Seit mittlerweile zwei Jahren wird die Diskussion über konkrete Reformschritte geführt, die Brandenburgs Verwaltungen insbesondere in den Landkreisen zukunftsfest machen sollen. In diesen zwei Jahren hat es die CDU nicht vermocht, auch nur einen einzigen konstruktiven

Vorschlag zu unterbreiten, wie angesichts der demographischen und finanziellen Herausforderungen die Verwaltungsstrukturen im Land künftig zugleich bürgernah und effizient gestaltet werden sollen.

Eine Opposition jedoch, die keine Alternativmodelle zum Regierungshandeln entwickelt, ist selbst nicht regierungsfähig und kann es auch nicht werden. Dass die Union nun gemeinsam mit den BVB/Freien Wählern die Trommel für eine Volksinitiative rührt, deren einziges Ziel es ist, jegliche Reform zu stoppen, ist bezeichnend.

Nur zu dem einen Zweck, die Verwirklichung oder Fortführung eines gezielten Projektes aufzuhalten, gründet sich die Mehrzahl der Bürgerinitiativen. Fluglärm, Straßenaus- oder -neubau, die Ansiedelung bestimmter Betriebe und Industri-

en, Massentierhaltung, Ausbau der Windenergie und und und. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Es gehört zu der von Politologen bereits seit Jahrzehnten beschriebenen Entwicklung, dass Menschen sich immer weniger in den klassischen gesellschaftlichen Massenorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften und auch Kirchen engagieren, sich dafür aber vermehrt für konkrete Anliegen einsetzen.

Dies geschieht vorwiegend in Bürgerinitiativen und ist wie jedes zivilgesellschaftliche Engagement grundsätzlich zu begrüßen.

Ich wünschte mir, eine noch größere Anzahl Bürgerinnen und Bürger würde sich weniger gegen geplante, sondern vielmehr in Initiativen für bestimmte Projekte starkmachen, die umgesetzt werden sollten.

Weder Kommunal- noch Landespolitik lässt sich jedoch allein mit einer Abwehrhaltung gestalten. Vielmehr bedarf es auch immer der Aggregation von Meinungen und Interessen und letztlich der Formulierung und Umsetzung von Kompromissen, um konkrete Aufgaben zu lösen, Ziele zu erreichen, Probleme zu bewältigen. Das letztlich ist die Aufgabe von Politik. Es ist sicher zu viel verlangt, das von BVB/Freien Wählern zu erwarten. CDU und FDP aber sollten einen anderen Anspruch an sich haben.

Die Initiatoren der Volksinitiative verlangen, an die Stelle einer Verwaltungsstrukturreform verstärkte interkommunale Zusammenarbeit zu setzen. Sie fordern den Landtag auf, entsprechende Gesetze zu erlassen. Damit rennen CDU, FDP und BVB/Freie Wähler offene Türen ein. Die gesetzlichen Voraussetzungen für in-

terkommunale Zusammenarbeit sind längst gegeben. Abgesehen davon, dass die bereits vorhandenen Handlungsspielräume der Kommunen zu einer Zusammenarbeit nirgends erschöpfend genutzt werden, lösen sie allein auch nicht die vor uns liegenden Herausforderungen.

Ich appelliere an die Initiatoren der Volksinitiative „Bürgernähe erhalten. Kreisgebietsreform stoppen“, die Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wirklich ernst zu nehmen, statt sie zu instrumentalisieren.

Tragen Sie dazu bei, deren Lösung nachhaltig anzupacken.

Glückauf, Eure

Ines Hübner

Ines Hübner
Bürgermeisterin der Stadt Velten
und Landesvorsitzende der SGK
Brandenburg



Der neu gewählte Landesvorstand der SPD Brandenburg

Foto: N.Rochlitzer/SGK Brandenburg

Starke kommunale Stimmen im neuen SPD-Landesvorstand

Landesparteitag der SPD Brandenburg wählt Vorstand neu und fasst weitreichende Beschlüsse

Autor Niels Rochlitzer

Landesparteitage der SPD sind nicht nur politische „Hochämter“ der Partei, auch für die SGK Brandenburg sind die Familientreffen der Sozialdemokratie im Land ein Fixpunkt im Jahreskalender. Die programmatische und personelle Ausrichtung der Partei gibt auch den parteinahen Stiftungen Kompass und Karte. In diesem Jahr galt dieses aus zwei Gründen umso mehr. Zum einen kandidierten in diesem Jahr mit der Vorsitzenden, Bürgermeisterin Ines Hübner, dem Schatzmeister, Dr. Harald Sempf, einem Beisitzer im Vorstand, Daniel Kurth, und einem kooptierten Mitglied und Beisitzer im Vorstand der Bundes-SGK, Landrat Stephan Loge, gleich vier Mitglieder des SGK-Vorstandes für Ämter im Landesvorstand der SPD, zum anderen war die SGK mit den Teilnehmern der Akademie BESSER BÜRGERMEISTERN selbst Gast des Landesparteitages. Die 15 angehenden Bürgermeis-

terkandidat_innen konnten so miterleben, welch erfreulichen Widerhall in der sozialdemokratischen Familie die kommunale Stimme findet. Ines Hübner und Stephan Loge wurden in Ihren Ämtern im Landesvorstand bestätigt und setzten sich gegen eine Vielzahl von Mitbewerber_innen um Beisitzerämter durch. Ebenfalls wiedergewählt wurde Daniel Kurth als stellvertretender Landesvorsitzender der SPD. Für große Überraschung sorgte die Wahl des langjährigen SGK-Schatzmeisters Dr. Harald Sempf in die gleiche Funktion im Landesvorstand der SPD. Von 128 Delegierten votierten 69 für den Hauptdezernenten der Stadt Falkensee, der seinen Glückwunschblumenstrauß mit einer Umarmung an die Storkower Bürgermeisterin Cornelia Schulze-Ludwig weiterreichte, die ebenfalls für dieses Amt kandidiert hatte – eine herzliche Geste und zugleich ein Dank für das faire Miteinander beider in der Kandi-

datur um die Funktion im geschäftsführenden Landesvorstand. Die Riege der kommunalen Wahlbeamten, bislang Bürgermeisterin Ines Hübner, Landrat Stephan Loge und Beigeordneter Mike Schubert, wird durch Felix Menzel, Bürgermeister der Gemeinde Milower Land, verstärkt. SGK-Vorstandsmitglied Liane Woellner wurde in die Landesschiedskommission der SPD gewählt.

Antrag zur Bildungspolitik

Dem Pflichtprogramm turnusmäßiger Vorstandsneuwahlen folgte die politische Kür, die Antragsberatung. Der vom Parteitag einstimmig beschlossene Leitantrag „Unser Plan für Bildung“, eingebracht durch die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung, Dr. Manja Schüle, spiegelt eine Fülle von Forderungen wider, die auch der SGK auf den Nägeln brennen. Ein Schwerpunkt des Antrages wird bei der Beitragsgerech-

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

tigkeit der Elternbeiträge zur frühkindlichen Bildung gesetzt. Die SGK als Mitglied der AG „17“ der LIGA der freien Wohlfahrtspflege beteiligt sich seit langem an der Diskussion darüber, wie im Flickenteppich landesweit sehr unterschiedlich hoher Elternbeiträge ein höheres Maß an Vergleichbarkeit erreicht werden könne, ohne dabei die kommunale Selbstverwaltungsgarantie anzutasten. Einen Königsweg zeigt der Leit Antrag auf, indem der Bund aufgefordert wird, durch eine Regelfinanzierung die Beitragsfreiheit für Kindertageseinrichtungen abzusichern. Der gleiche und gerechte Zugang zu frühkindlicher Bildung ist von gesamtstaatlichem Interesse, eine Herausforderung, der durch eine nationale Bildungsallianz begegnet werden soll. Parallel zu dieser Forderung enthält der Leit Antrag als Auffanglösung die Bildung einer Arbeitsgruppe, die ein Stufenkonzept zum Einstieg in die Beitragsfreiheit erarbeiten wird. Die SPD-Brandenburg bleibt mit ihrem



Ines Hübner wurde erneut als Mitglied des Landesvorstandes bestätigt.

Foto: N.Rochlitzer/SGK Brandenburg

Parteitagsbeschluss ihrer bisherigen Bildungspolitik insofern treu, als dass neben der angestrebten Beitragsgerechtigkeit, idealerweise Beitragsfreiheit, der Fokus auch künftig auf der

weiteren Verbesserung der Betreuungsqualität liegen wird. Elemente sind hier unter vielen anderen die bessere finanzielle Ausstattung von Kitas in Sozialräumen, die Kinder mit

hohem Förderbedarf betreuen oder viele Flüchtlingskinder aufgenommen haben, und die Verbesserung der Situation von leitendem Personal, das sich verstärkt der Leistungs-

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**BESUCHEN
SIE UNS AUF**
www.demo-online.de

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.



Dr. Manja Schüle bringt als Vorsitzende der AfB den Leit Antrag UNSER PLAN FÜR BILDUNG ein.

Foto: N.Rochlitzer/SGK Brandenburg

sicherung und -verbesserung sowie der Qualitätsentwicklung widmen können soll (Stichwort Leitungsfrei-stellung).

Verwaltungsstrukturreform

Einen weiteren Beschluss des Landesparteitages mit ausgeprägt kommunalem Bezug stellt die Gründung eines Arbeitskreises Verwaltungsstrukturreform dar, der parteiintern über die konkrete Ausgestaltung der anstehenden Reform beraten wird. Durch diesen Arbeitskreis wird die Debatte über das größte Reformvorhaben der laufenden Legislaturperiode einem größeren Publikum zugänglich und auch die SGK wird sich personell in den Arbeitskreis einbringen.

Die Karte ist auf dem Tisch

Innen- und Kommunalminister Schröter stellt gemeinsam mit Finanzminister Görke den Vorschlag der Landesregierung vor, wie die künftigen Landkreisgrenzen aussehen sollen

Autor Niels Rochlitzer

Am 5. Oktober traten die beiden Minister Schröter und Görke vor die Presse und verkündeten, worauf so lange und voller Spannung gewartet worden war: Wie soll nach den Vorstellungen der Landesregierung der Neuzuschnitt der Landkreise im Land Brandenburg aussehen, wenn im Jahr 2019 die Verwaltungsstrukturreform in Kraft tritt. Spätestens seitdem der Landtag im Dezember 2014 der Landesregierung den Auftrag erteilt hatte, ein Leitbild für eine Reform zu erarbeiten, die Brandenburgs Verwaltungen, insbesondere jene auf Kreisebene, zukunftsfest macht, begann bei mehr oder minder talentierten Nebenerwerbsreformern und Reformstrategen das Kartenzeichnen. Die Anzahl gedachter und prognostizierter Varianten bewies nicht nur Kreativität, sondern legte auch zutage, dass ein Neuzuschnitt unmöglich alle Reformkriterien gleichermaßen würde bedienen können. Insofern überraschte Innen- und Kommunalminister Karl-Heinz Schröter mit der Aussage, wer das vom Landtag im Juli 2016 beschlossene Leitbild zur Verwaltungsstrukturreform genau



studiert habe, könne zu keinem anderen Zuschnitt der neu zu strukturierenden Landkreise kommen als dem vorgelegten Modell, das neun Landkreise und eine kreisfreie Stadt vorsieht. Im Leitbild werden acht Kriterien genannt, die bei der Neustrukturierung Berücksichtigung finden sollen:

- die Neustrukturierung soll die Zahl kreislicher Verwaltungen reduzieren und im Rahmen einer Kreisgebietsreform durchgeführt werden, welche die Fusion von Kreisen und bislang kreisfreien Städten beinhaltet

- bezogen auf das Jahr 2030 soll die Einwohnerzahl der neu zu bildenden Landkreise in der Regel die Zahl 175.000 nicht unterschreiten, die Mindesteinwohnerzahl solle in Ausnahmefällen 150.000 betragen

- vor allem im Interesse des bürgerschaftlichen Engagements der im Landkreis ehrenamtlich Tätigen solle die Fläche der neu zu bildenden Kreise die Größe von 5.000 qkm nicht überschreiten

DAS DEBATTENMAGAZIN

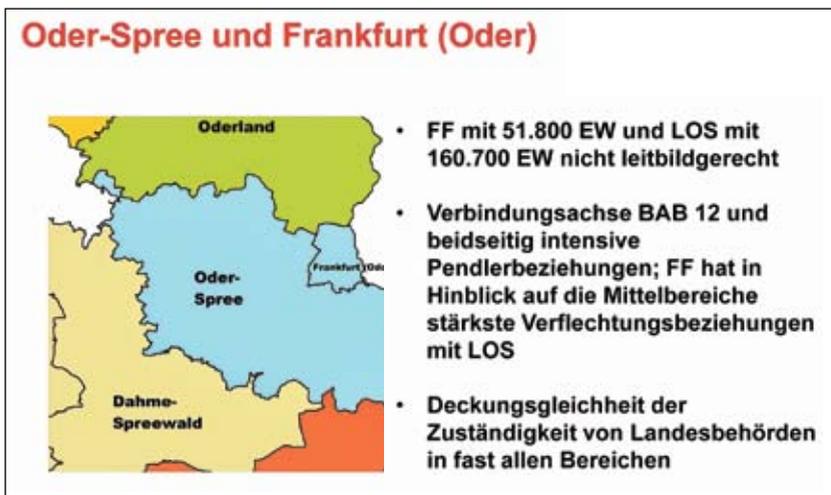
Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo* 40,- €; Studentenjahresabo* 25,- €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.



- bei der Fusion der Landkreise solle vom jetzigen Zuschnitt der Kreise ausgegangen werden, Teilungen vermieden werden
- unter Beachtung der bisherigen Kreisgrenzen sollen möglichst viele der neu zu bildenden Landkreise eine Grenze zum Land Berlin aufweisen und strahlenförmig zur Landesgrenze verlaufen (Sektoralprinzip)
- bei der Neugliederung der Landkreise und bei der Einkreisung von kreisfreien Städten sollen raumordnerische Überlegungen, bestehende Verflechtungen und Bindungen sowie wirtschaftliche Aspekte beachtet werden
- die eingekreisten Städte sollen die neu gebildeten Landkreise nicht dominieren
- für die kreisfreien Städte wird durch den Landtag eine Mindesteinwohnerzahl von 150.000 als angemessen erachtet

legt worden war, in der Auflistung und ihrer Reihenfolge keine Priorisierung verstanden wissen zu wollen. Keines der Kriterien sollte Vorrang genießen. Bei der Neustrukturierung soll allen Punkten gleichermaßen Rechnung getragen und im Einzelfall abgewogen werden. Schon im Juli war allerdings klar, dass eine neue Kreisstruktur, die alle Postulate des Kriterienkatalogs in jedem Einzelfall erfüllt, der Quadratur des Kreises gleichkäme.

Vorhersehbare Fusionen und Überraschungen

Die hier abgedruckten Karten entstammen der Präsentation, die von beiden Ministern anlässlich der Pressevorstellung der vorgeschlagenen Neustrukturierung gezeigt wurde. Aufgeführt sind stichpunktartig auch die Gründe, die zu den jeweiligen Entscheidungen veranlasst haben. Die Argumentation spricht für sich und soll hier nur an einigen Beispielen beleuchtet werden.

In einigen Fällen sprechen die Verfasser bei den zu fusionierenden Kreisen von geborenen Partnern. Tatsächlich liegen die Gründe auf der Hand, warum etwa die Kreise

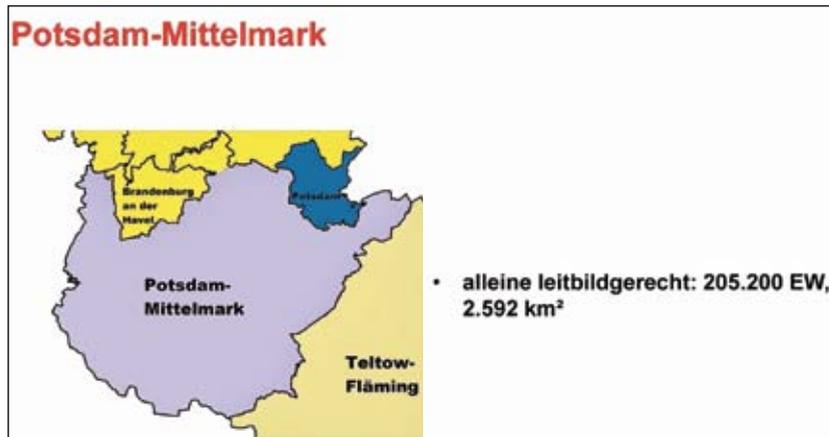
Barnim und Uckermark oder Prignitz und Ostprignitz-Ruppin miteinander fusionieren sollen. Die als über ihnen schwebendes Damoklesschwert empfundenen Zusammenschlüsse waren bereits seit dem Frühjahr 2015 Anlass für diverse Kreistage, entsprechende Abwehrbeschlüsse zu fassen. Einige Vertreter der Kommunalpolitik werden insgeheim bekennen müssen, dass sie diese Beschlüsse wider besseren Wissens mitgetragen haben, letztlich ein Ausdruck reiner Symbolpolitik. Wer etwa in einigen Kreisen angesichts drastisch sinkender Bevölkerungszahlen an seiner Eigenständigkeit festhält, verkennt nicht nur die Realität, handelt vielmehr auch verantwortungslos gegenüber künftigen Generationen, die mit ihren Steuern die Verwaltungsstrukturen bezahlen müssen und zurecht handlungs- und leistungsfähige, zugleich aber auch bezahlbare Administrationen erwarten können. Ein beliebtes Instrument der Kritiker jeglicher Neustrukturierung ist das Infragestellen aller vorliegenden demografischen Prognosen, besser noch der Demografie insgesamt. Prognosen, die einen Bevölkerungsrückgang voraussagten, seien schlichtweg falsch. Als Beweis werden aktuell steigende Bevölke-

rungszahlen ins Feld geführt. Tatsächlich stimmt dieser Befund sogar mit den demografischen Zahlen und Prognosen überein. Ab dem Jahr 2020 jedoch kippt diese Entwicklung und wird vom sogenannten demografischen Echo eingeholt. Stark rückläufige Geburtenzahlen in den 80er und besonders signifikant in den 90er Jahren bedeuten in der Folge, dass die Geburtenzahlen in der Folgegeneration ebenfalls rückläufig sein werden. Plakativ gesagt: Kinder, die nicht zur Welt gekommen sind, werden selbst keine Kinder zur Welt bringen. Die Reformpläne für den Norden, Westen und Osten des Landes waren demnach absehbar. Einzig die Fusion Brandenburgs an der Havel mit dem Havelland scheint jenseits ihrer für sich genommenen zu geringen Einwohnerzahl im Jahr 2030 diskussionswürdig, da bislang zwischen der noch kreisfreien Stadt und ihrem nördlichen Nachbarn kaum räumliche Verbindungen bestehen, ein Makel, der behoben werden soll, indem das Amt Beetzsee vom Landkreis Potsdam-Mittelmark zum neu zu bildenden Landkreis BRB/HVL wechselt.

Ein wirklicher Paukenschlag gelang dem federführenden Innen- und



Angesichts der nun vorliegenden Karte wird verständlich, warum bei der Formulierung der Reformkriterien peinlich genau darauf Wert ge-



Kommunalminister allerdings südlich der Bundeshauptstadt. Entgegen bisherigen Vermutungen, die Landkreise Teltow-Fläming und Elbe-Elster könnten fusionieren, sollen nun die Nachbarn Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald einen neuen Kreis bilden. Bei einem Zusammenschluss der Kreise EE und TF wäre dem Sektoralprinzip Rechnung getragen worden, die boomende Speckgürtelregion zwischen Ludwigsfelde, Blanken-

felde-Mahlow und Rangsdorf hätte Potenzial geboten, im Rahmen eines innerkreislichen Ausgleichs den strukturschwachen Süden aufzufangen. Insbesondere unter vielen ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagierten Bürgerinnen und Bürgern war die Nord-Süd-Fusion erwartet, wenn auch nicht herbeigeseht worden. Umso wahrscheinlicher schien diese Variante, waren doch vorherige Avancen des Kreises Teltow-Fläming an den öst-

lichen Nachbarn Dahme-Spreewald angesichts der Haushaltssituation des Kreises TF zurückgewiesen worden. Da die in Teltow-Fläming angehäuften Kassenkredite allerdings weniger strukturell bedingt sind und mittelfristig abgebaut werden können, entstünde mit dem Zusammenschluss der beiden Kreise, die schon jetzt vom Flughafen BER und seinem prosperierenden Umfeld profitieren, ein wirtschaftlicher Gigant – zumindest im Vergleich mit

der Mehrzahl der übrigen neu zu bildenden Landkreise.

Das genaue Gegenteil muss zumindest aus der heutigen Perspektive im Süden des Landes erwartet werden. Mit der geplanten Fusion der Kreise Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster und der bislang kreisfreien Stadt Cottbus entstünde ein Landkreis, dessen Fläche nur knapp unter der Obergrenze bliebe und von der Elbe bis an die polnische Grenze



Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de

Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und Cottbus/Chóšebuz



- Landkreis erfasst größte Teile der Niederlausitz
- Touristische Vermarktung
- große Teile des Siedlungsgebietes der Sorben und Wenden umfasst
- Strukturwandel in der Lausitz, gemeinsame Partner

reichte und der in seiner Ausdehnung dem DDR-Bezirk Cottbus recht nahe kommt. Unkenrufer erkennen die Bildung einer riesigen Förderregion, womit nicht die Braunkohlegewinnung gemeint ist. Tatsächlich vereinen die drei bisherigen Kreise und die kreisfreie Stadt in erster Linie die gleichen Probleme, in denen Optimisten die gleichen Chancen erkennen. Vielleicht liegt tatsächlich in dieser Erkenntnis das Zukunftspotenzial des künftigen Kreises, der einen Großteil der Niederlausitz umfasst und im Westen auch darüber hinausgeht: Gleiche oder ähnliche Probleme können konzentriert angegangen werden, die Zahl der institutionellen Akteure würde auf ein effizienteres

Maß als bislang gestutzt werden und der Strukturwandel in der gesamten Region mit einem höheren Tempo und gebündelter Kraft bewältigt werden.

Betroffene und Scheinbetroffene

Auch, wenn die Initiatoren der gegenwärtig laufenden Volksinitiative „Bürgernähe bewahren. Kreisreform stoppen“ mit einer Mischung aus Populismus und dumpfer Angstmacherei den Verlust der Heimat an die Wand malen, wird der überwiegende Teil der Bevölkerung dank dezentraler Verwaltungsstandorte und sogenannter Front-Office-Lösungen von der Reform keine

negativen Konsequenzen wahrnehmen können.

Gerade das Beispiel des geplanten Landkreises, der aus den bisherigen Kreisen SPN, OSL und EE sowie der kreisfreien Stadt Cottbus hervorgehen soll, zeigt jedoch die größte Herausforderung, die mit der geplanten Reform auf jene Bürgerinnen und Bürger des Landes zukommt, die sich ehrenamtlich engagieren: Wie kann in den neuen Strukturen ehrenamtliches Engagement auf Kreisebene in Zukunft attraktiv, wie überhaupt möglich

men können, sind Ideen gefragt, wie es auch Arbeitgebern schmackhaft gemacht werden kann, ihre Beschäftigten zu politischem Engagement nicht nur zuzulassen, sondern auch zu ermutigen. In erster Linie die kommunalpolitisch engagierten Bürgerinnen und Bürger werden neben vielen, nicht allen, Beschäftigten der Kreisverwaltungen die Reform selbst zu spüren bekommen.

Diskussionswürdig ist sicherlich auch, dass nach der Reform in ihrer



sein? Bei einer Fläche von knapp 5.000 qkm sind lange Fahrstrecken zu Sitzungen kreislicher Gremien auch dann unausweichlich, wenn man Sitzungsorte „rotieren“ lässt, also regelmäßig in unterschiedlichen Regionen des Kreises tagt.

Wirtschaftskraft, Größe und Bevölkerungszahl sehr unterschiedliche Landkreise existieren werden. Dies wird auch große Auswirkungen auf die (nicht zuletzt politische) Kultur im Land haben.

Ich hoffe, dass die Debattenkultur in den Parteien und auch in den ihnen nahestehenden kommunalpolitischen Vereinigungen nicht darunter leiden wird. Ich lade zumindest auch an dieser Stelle dazu ein, sich mit Beiträgen für diese Zeitschrift an der Reformdiskussion zu beteiligen. Längst sind nicht alle Argumente für und wider die Reform auf dem Tisch, wenn es die Karte nun auch ist.

